Nr. 458
B 227

Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 27. September 1928
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3655 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3656—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Was Amerika für die Prohibition bezahlt?

Ein zu hoher Preis

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

*** New York,** Ende September

Als kürzlich ein New-Yorker Industrieller 25 000 Dollar für ein Rezept aussetzte, die Prohibition in Amerika wirksam durchzuführen, schlug der Humorist Will Rogers vor, man solle jedermann gesetzlich zum Trinken zwingen. Knapper, treffender und zynischer kann man zur Alkoholfrage nicht Stellung nehmen. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung, besonders in den Städten, sabotiert das Verbot mit Lust und Fleiß: nun gerade! Wir soll der Staat nicht bestimmen, was ich esse und trinke. Wein wollen Sie haben? Mein Bootlegger kann Ihnen einen ausgezeichneten Bordeaux besorgen, sechs Dollar die Flasche . . .

Kann es wundernehmen, daß die Jungen in der Schule, die Studenten auf der Universität es „smart" finden, heimatliche Gelage abzuhalten? In welchem anderen Lande der Welt wird dem Alkohol solche Aktualität, solche Propaganda zuteil wie in den U. S. A.? Da wird ein Nachtklub von den Prohibitionsagenten geschlossen. Am nächsten Morgen lesen es zehn Millionen Menschen in Fettdruck: „Der fashionable Klub Semiramis, 115 East, 60. Straße, wurde heute nacht von Prohibitionsbeamten versiegelt!" Gibt es einen besseren Anreißer für ein Nachtlokal? Der Inhaber hat alle Hände voll zu tun, seine Gäste am nächsten Abend zu bedienen. Er ist auf solche Notfälle stets vorbereitet. Entweder befinden sich die Klubräume der „Semiramis" jetzt in einem anderen Stockwerk oder im nächsten Haus.

Der psychologische Effekt der Alkoholkampagne ist ein stets erneuter Anreiz zum aktiven Protest. Wollte man den Kokaingenuß in der Weise unterdrücken, wie man den Kreuzzug gegen den Alkohol führt — die Amerikaner würden innerhalb Jahresfrist zu einer Nation der Kokainisten erzogen werden!

Trotzdem wird es gelingen, Amerika allmählich trocken zu legen. Die Einfuhr von Spirituosen über Landgrenzen und Küsten hat sich in den letzten Jahren außerordentlich vermindert. Der größte Teil des Alkohols wird in den Staaten selbst hergestellt. Was da an Drinks in den tausenden „Speakeasies" — das sind die geheimen Saloons, die „Flüsterkneipen" — für schweres Geld glasweis ausgeschenkt wird, ist ein wahrer Graus. Leibliches Bier ist fast nirgends zu haben. Was man bekommt, ist Near Beer, dem ein Schuß Aether zugesetzt ist. Sogenannter Wein ist bestenfalls ein haltig gegorenes Gemisch von Trauben, Zucker und Wasser, dessen wesentlicher Bestandteil 10 oder 15 v. H. Alkohol ist. Widerwillen gegen diesen „Moonshine" und die stete Angst vor Vergiftungen tun das ihre, den Konsum von Jahr zu Jahr zu vermindern. Der Weinkenner, der Freund eines guten Glases Bier fährt in die Ferien nach Kanada oder Europa; daheim trinkt er Eiswasser.

Das macht die Prohibition mit den Jahren erfolgreich, daß der großen Menge die Freude am Wein, am Bier genommen ist. Es schmeckt nicht mehr. Es schmeckt genau so wenig wie Buchenlaubtabak, Kräutertee und Kohlrübentorte. Whisky, der in irgend einer Kellerdestille aus Jodtinktur extrahiert wird, ist kein Scotch, wenn auch Flasche und Schild täuschend nachgeahmt sind. Bier und Wein lassen sich ebenfalls in großen Mengen nicht über Nacht und ohne kostspielige Anlagen herstellen.

Mit der Zeit — vielleicht in zwanzig, vielleicht in fünfzig Jahren — kann die Trockenlegung erzwungen werden. Die Frage ist einzig — und diese Frage wird am 6. November bei den Präsidentenwahlen von der Bevölkerung entschieden werden —, ob dieses Zukunftsideal die Opfer wert ist, die ihm augenblicklich gebracht werden. Ob Amerika weitere 20 oder 50 Jahre zusehen will, daß Rechtsbeugung und Korruption offen hervortreten. Seit Beginn der Prohibition hat das Verbrechertum sich organisiert und die Kontrolle des illegalen Alkoholhandels an sich gerissen. Der Bootlegger, der einem allgewaltigen Schmuggelring angehört, entrichtet regelmäßige Abgaben, die zu gleichen Teilen an seine Beschützer, die Justizbehörden und die Polizei auf der einen, Verbrecherbanden auf der anderen Seite ausgezahlt werden. Diese Interessengemeinschaft zwischen Verbrechern und Behörden ist in den letzten zwei Jahren, voran in Chicago, auch auf das politische Kampfgebiet übergesprungen. Fehden konkurrierender Bootlegger werden wie der Kampf zweier Rivalen um ein hohes städtisches Amt zwischen den Banden ausgefochten, die am Siege ihrer Partei finanziell interessiert sind. In der Chicagoer Strategie hat man den Revolver schnell als veraltetes Kampfmittel erkannt. Flugzeuge, Bomben und Gasgranaten sind wirkungsvollere Mittel, die Bevölkerung in Terror zu halten und dem Zweifler klarzumachen, wer die Stadt regiert.

Der Justiz geht bei diesem System der Korruption mit Rückversicherung alle Macht verloren. Um Chicago als Beispiel herauszugreifen: von den 760 Mordfällen, die sich in den letzten beiden Jahren ereigneten, sind nur 22 v. H. zur Aburteilung gekommen. Zehn Verbrecher wurden hingerichtet. 215 Morde, die direkt und nachgewiesen mit dem organisierten Alkoholgeschäft in Beziehung stehen, blieben ungesühnt.

Das ist der Preis, um den das Alkoholgesetz erzwungen wird: das Land watet durch einen Pfuhl von Bestechung, Verbrechensherrschaft und Rechtsverrat. Hiergegen gibt es kein Gewaltmittel, keine Abhilfe.

Amerika steht jetzt am Scheidewege. Erklärt sich die Mehrheit der Bevölkerung für Hoover, so wird die Prohibition bis zum Ende durchgekämpft. Folgen die Vereinigten Staaten dagegen der Parole des Gouverneurs Smith, der in seiner Nominationsrede versprochen hat, dem Kongreß Vorschläge zur teilweisen Aufhebung der Alkoholsperre zu unterbreiten, so geben sie zwar ein ideales Ziel preis, aber sie retten sich aus einer Krise, deren verhängnisvolle moralische Auswirkungen auch der erklärteste Alkoholgegner nicht unterschätzen sollte.

R. J.

Jakubowskis Ankläger geständig

Hauptverfahren wird eröffnet

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

*** Neustrelitz,** 27. September

Die Voruntersuchung, die auf Vorschlag des Büngerschen Gutachtens gegen die Brüder Fritz und August Rogens, ihre Mutter und den Landarbeiter Blöcker durch den Untersuchungsrichter beim Landgericht Neustrelitz geführt wurde, ist jetzt zum Abschluß gelangt.

In diesem Vorverfahren hat Fritz Rogens zugegeben, an der Ermordung des Kleinen Ewald Rogens beteiligt gewesen zu sein. **Nun hat aber auch sein Bruder August Rogens erneut eingestanden, am Tage der Tat in Pallingen gewesen und an der Ermordung beteiligt zu sein. Die Mutter der beiden Rogens, Frau Kehler, verwitwete Rogens, hat gleichfalls ein Geständnis abgelegt, nach welchem sie von der Absicht der Ermordung gewußt habe und, um sie zu ermöglichen, verreist sei.** Die Brüder Rogens und ihre Mutter befinden sich seit längerer Zeit in Untersuchungshaft, Blöcker sitzt in Strafhaft.

Auf Grund seiner vor kurzem veröffentlichten Erklärung ist der Verteidiger Jakubowskis, Rechtsanwalt Koch-Schönberg, vor Schluß des Vorverfahrens auch noch als Zeuge vernommen worden.

Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung dürfte mit Bestimmtheit gegen die Brüder Rogens und ihre Mutter Anklage erhoben und die Sache vor dem Mecklenburg-Strelitzer Schwurgericht verhandelt werden, und zwar wahrscheinlich im Januar 1929. Ob die Verhandlung wieder in Schönberg stattfindet, steht noch nicht fest.

Die verworrene Entwicklung des Falles Jakubowski hat damit eine neue Phase erreicht. Jetzt haben alle diejenigen Verwandten des kleinen Ewald Rogens, die den inzwischen hingerichteten Jakubowski des Mordes bezichtigt haben, ein Geständnis abgelegt. Die Frage, ob die Anschuldigungen, die Fritz Rogens in letzter Zeit gegen Jakubowski erhoben hat, ernsthaft und begründet sind, wird damit immer dringlicher.

Die Führung der Untersuchung durch die Strelitzer Justizbehörden war ungemein fehlerhaft. Sie hat objektiv die Schuld, daß jetzt volle Klarheit kaum noch zu gewinnen sein wird.

Der Strafantrag gegen Oberstaatsanwalt Müller und Landgerichtspräsident von Buchka ist zwar von den Strelitzer Justizbehörden zurückgewiesen worden, weil die beiden Beamten nach bestem Ermessen gehandelt haben, aber daß dies Ermessen nicht allzu „gut" war, läßt sich nicht bestreiten.

Die Vereinigung des Falles Jakubowski leidet eben unter der Enge und Winzigkeit der Verhältnisse des Freistaates Mecklenburg-Strelitz. Auch die bevorstehende Hauptverhandlung wird nur dann beruhigend wirken können, wenn sie unter freigiebigster Gewährung reichlichen Spielraums für alle an der Erörterung beteiligten Stellen sich vollzieht.

Der Rechtsbeistand der Eltern Jakubowskis, Rechtsanwalt Brandt, hat seinen Wiederaufnahmeantrag bereits gestellt. Bisher jedoch ist ihm Einsicht in die Rogens-Akten verweigert worden, weil seine Legitimation dazu noch nicht erwiesen sei.

Die Hauptverhandlung wird all die Schäden, die bei der Behandlung der Angelegenheit entstanden sind, voll nicht ausbessern können. Um so wichtiger ist es, daß sie in den Stand gesetzt wird, in dieser Richtung wenigstens das zu leisten, was noch möglich ist.

Baldwin vor der Partei

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

*** London,** 27. September

Heute ist in Yarmouth der Parteitag der englischen Konservativen eröffnet worden, in dessen Mittelpunkt die für heute abend angekündigte große Rede des Premierministers Baldwin stehen wird. 2700 Delegierte, eine Rekordzahl, sind bereits in Yarmouth eingetroffen, und da die meisten von ihnen ihre Frauen und Verwandten mitgebracht haben, sind in dem schönen Seebade ungefähr 5000 Konservative versammelt, die teilweise wegen Ueberfüllung der dortigen Hotels in benachbarten Orten untergebracht werden mußten. Das englische Kabinett ist neben Premierminister Baldwin durch den Handelsminister, der über Schutzzoll spricht, den Gesundheitsminister, den Kolonialminister und den Luftfahrtminister auf dem Parteitag vertreten.

Baldwin wird in seiner Rede in der Hauptsache das Problem des Schutzzolls berühren, da dieses durch 13 Resolutionen, die die Einführung von Schutzzöllen fordern, in den Vordergrund der Debatte auf dem Parteitag gerückt werden wird. Die wichtigste der Resolutionen ist ein Antrag des Industriellen Sir Henry Page-Croft, der Eisen- und Stahlindustrie einen Schutzzoll zu gewähren. Man hofft in konservativen Kreisen, daß Baldwin sich zumindest bereitfinden wird, gewisse Erleichterungen in dem Verfahren, unter dem einer notleidenden Industrie Schutzzölle gewährt werden kann, anzukündigen. Die Delegierten hoffen ferner, daß Baldwin in seiner Rede auf das englisch-französische Flottenkompromiß eingehen wird, da auch in den konservativen Kreisen eine gewisse Beunruhigung sich über die von der Regierung verfolgte Politik, in der man eine Rückkehr zu der Geheimpolitik der Vorkriegszeit erblickt, bemerkbar macht.

Venizelos in Paris

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

*** Paris,** 27. September

Außenminister Briand hat heute nachmittag den griechischen Außenminister Venizelos empfangen. Später gab Venizelos der Presse folgende Erklärungen: Der Zweck des griechisch-italienischen Abkommens ist der, die Beziehungen zwischen Griechenland und Italien auf dieselbe freundschaftliche Grundlage zu stellen wie die traditionellen Beziehungen zwischen Griechenland, Frankreich und England. Italien ist eine große Mittelmeermacht, und Griechenland hält darauf, in guten Beziehungen mit ihr zu leben. Der Pakt ist gegen niemand gerichtet, und Griechenland hofft, zu anderen ähnlichen Verträgen mit seinen jetzigen Nachbarn zu kommen.

Bei den Verhandlungen mit Südslawien handelt es sich zunächst darum, ein grundsätzliches Abkommen herbeizuführen, worauf es dann Sache der Sachverständigen sein wird, den eigentlichen Vertrag auszuarbeiten. Betrogt, wie er über das bestehende Finanzabkommen mit Frankreich denke, das er als Politiker der Opposition bekämpft hatte, entgegnete Venizelos, daß das Abkommen zwar nicht seinen persönlichen Wünschen entspreche, daß er sich aber der geltenden Konvention fügen wolle. Er werde morgen eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré haben und sich am Sonntag nach London begeben, um dem britischen Außenminister den Inhalt des griechisch-italienischen Abkommens auseinanderzusetzen. Den südslawischen Außenminister Marinkowitsch werde er erst bei seiner Rückreise in Belgrad sehen.